

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



donnerstag, 10. dezember 1970

blatt 3816

grenzackergasse wird verlaengert

3 wien, 10.12. (nk) der tiefbauausschuss des gemeinderates hat am donnerstag den ausbau von drei strassenzuegen grundsuetzlich genehmigt. es handelt sich um eine verlaengerung der grenzackergasse zwischen der favoritenstrasse und der laaer berg-strasse. dieser strassenmaessige ausbau ist fuer die aufschliessungsarbeiten im interesse der wig 1974 notwendig. im 19. bezirk wiederum soll der schreiberweg vom grinzinger steig bis zur trummelhofgasse ausgebaut werden. schliesslich wurde der ausbau der jaegerhausgasse zwischen schloeglasse und hetzendorfer strasse im 12. bezirk beschlossen.
0933

Personalangelegenheiten:Vor Einführung der gleitenden Arbeitszeit
=====2. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 10. 12. (RK) Verwaltungsgruppe I, Personalange-
legenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform

Referent Stadtrat Hans Bock (SPÖ).

Einnahmen 373,335.200 Schilling, Ausgaben 1,176.927.000
Schilling.

Die öffentliche Verwaltung, erklärte Stadtrat Hans Bock im Bericht über die Personalangelegenheiten, hat während der letzten Jahrzehnte im Interesse der Bevölkerung immer mehr Aufgaben übernehmen müssen und neue Aufgaben kommen hinzu. Daß sie ihre Aufgaben erfüllt, verdankt sie den über 54.000 Bediensteten, die in den verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung ihren Dienst versehen.

Es sollte jeder, der mit Selbstverständlichkeit zu jeder Tages- und Nachtzeit den Lichtschalter, den Gas- oder Wasserhahn betätigt, einmal darüber nachdenken, daß diese Selbstverständlichkeit nur deshalb gegeben ist, weil zum gleichen Zeitpunkt hunderte von Bediensteten der Stadt Wien ihren Dienst versehen. Während zehntausende berufstätige Wiener an Sonn- und Feiertagen ihre Ruhepause einschalten oder in den Sommermonaten in den Bädern Erholung suchen, stehen allein bei den Wiener Stadtwerken über 5.000 Bedienstete mit regelmäßiger Sonn- und Feiertagsarbeit im Dienste der Öffentlichkeit. Von 16.000 Bediensteten der Wiener Stadtwerke haben nur 7.700 eine Fünftageweche mit einem freien Wochenende. In den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten haben von 15.000 Bediensteten nur ca. 30 Prozent eine Fünftageweche. Täglich befinden sich fast 200 Ärzte und 800 Bedienstete des Pflegepersonals im Nachtdienst und an Sonn- und Feiertagen stehen über 4.500 Bedienstete des Pflegepersonals ebenfalls im Einsatz.

Wenn wir uns auch sehr bemühen, den sozialen Status des Beamten zu fördern und seine Entlohnung leistungsgerecht zu gestalten, ist es doch nicht nur die Höhe der Bezüge, die den einzelnen Bediensteten zufriedenstellen kann, sondern auch die Anerkennung, das Zugehörigkeitsgefühl zur Gruppe und zum Betrieb, die Rolle, die man spielt, die Bedeutung der Arbeit, die Verantwortung, das Mitwissen und die Möglichkeit selbständigen Handelns. In einer Phase der neuen technischen und organisatorischen Entwicklung, die nicht nur in dieser Richtung wesentliche Veränderungen hervorruft, sondern auch den Menschen zwingt, seine Denkweise umzustellen und den neuen Gegebenheiten anzupassen, ist es mehr als je zuvor notwendig, darauf zu achten, daß die Würde des Menschen gewahrt bleibt. Daher erscheint es mir sehr wichtig, der Tendenz immer stärker werdender Demokratisierung der Verwaltung mehr Raum zu bieten. Der Beamte der Gegenwart und erst recht jener der Zukunft ist nicht Diener einer Staatsgewalt, sondern hat mehr denn je eine echte Funktion im Interesse der Gemeinschaft, in der wir leben, zu erfüllen. Das bedeutet, daß jeder Bedienstete in seiner Position mitverantwortlich ist für das Funktionieren des Verwaltungsapparates, für die Weiterentwicklung der Arbeitsmethoden, für die Anpassung der Tätigkeit an die Bedürfnisse, die sich ergeben.

Die Stadt Wien hat im September eine Vorschlagsaktion "Mitdenken macht sich bezahlt" gestartet. Bereits in den ersten Wochen nach Anlaufen dieser Aktion sind über 500 Verbesserungsvorschläge eingelangt. Wenngleich nicht alle Vorschläge realisierbar sind, so ist es für uns ein Beweis, daß die Beamtenschaft durchaus bereit ist, am Demokratisierungsprozeß der Verwaltung mitzuwirken.

Ein anderer, den Demokratisierungsprozeß fördernder Faktor ist der Versuch die gleitende Arbeitszeit einzuführen.

Nicht alle Bediensteten werden eine derartige Arbeitszeitregelung in Anspruch nehmen können. Trotzdem müssen wir prüfen, in welchen Abteilungen eine solche Arbeitszeitregelung durchführbar ist, wir müssen den Versuch unternehmen, sie einzuführen und zumindest einem Teil der Bediensteten die Vorteile einer solchen Regelung ermöglichen. Dabei denke ich vor allem an die weiblichen Bediensteten, die in den frühen Morgenstunden mit häuslichen und familiären Pflichten belastet sind und für die ein zeitlich starrer Arbeitsbeginn eine für sie nicht ungefährliche Zeitnot bedeutet.

Der Dienstpostenplan für 1971 sieht beim Magistrat mit Ausnahme der Wiener Stadtwerke gegenüber 1970 eine Vermehrung von 1.038 Dienstposten vor, erklärte Stadtrat Bock weiter. Der Personalstand wird demnach im nächsten Jahr 37.330 Aktivbedienstete betragen. Die Erhöhung der Dienstposten ergibt sich insbesondere aus der steigenden Zahl der Kindergärten und Schulen und dem erhöhten Bedarf an Bediensteten in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sowie der im nächsten Jahr durchzuführenden Volszählung. Hingegen konnte die Verminderung der Arbeitszeit weitgehend durch interne Maßnahmen abgefangen werden. Die Wiener Stadtwerke weisen für das Jahr 1971 einen Dienstpostenstand von 17.407 auf, das sind um 198 Dienstposten weniger als im Vorjahr.

Die Personalkosten beim Magistrat werden mit 4.572,56 Millionen Schilling angenommen. Das ist ein Budgetanteil von 31 Prozent. Betragsmäßig ist eine Steigerung von 512,4 Millionen Schilling zu verzeichnen. In diesem Betrag ist sowohl die Dienstpostenvermehrung als auch die letzte Etappe der Bezugsregelung, die am 1. Juli 1971 wirksam wird, berücksichtigt.

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das Jahr 1971 mit einem Personalaufwand von 1.846,47 Millionen Schilling, das sind um 731,68 Millionen weniger, als im Vorjahr. Diese Verminderung ergibt sich im wesentlichen aus der Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung.

Wenn in den letzten Jahren in Richtung Besoldung von den Bediensteten und ihrer Vertretung keine wesentlichen Forderungen erhoben wurden, so ist dies der seit 1968 zwischen der Bundesregierung und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bestehenden Vereinbarung, die eine längerfristige Gehaltsregelung zum Inhalt hat, zuzuschreiben. Wenn man die Vor- und Nachteile dieser Vereinbarungen gegenüberstellt, muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß es doch sinnvoll ist, sich wieder für ein derartiges längerfristiges Abkommen, das die Bezugsansätze der öffentlich Bediensteten regelt, einzusetzen. Die kompetenten Körperschaften sollten daher schon in der ersten Hälfte des Jahres 1971 Überlegungen anstellen darüber, welche Voraussetzungen und Bedingungen ein neues Abkommen in dieser Richtung notwendig und möglich erscheinen lassen. (Forts.)

- - -

1971: 500 Schulklassen im Bau
=====

2. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe III - Kultur, Schulverwaltung und Sport.

Referent: Vizebürgermeister Gertrude Sandner (SPÖ).

Einnahmen 26,036.000 Schilling, Ausgaben 833,2 Millionen Schilling.

Wien, 10.12. (RK) Durch eine Vergrößerung des Kulturbudgets um rund 80 Millionen sei die erfolgreiche Fortsetzung der Arbeit am Kulturprogramm möglich, erklärte Vizebürgermeister Gertrude Sandner in ihrem Referat. Die Bildungspolitik nehme mit 690 Millionen etwa 80 Prozent des Gesamtbudgets ein. Hier wieder liege der Schwerpunkt mit mehr als einer halben Milliarde beim Schulwesen. Im Jahre 1971 werde an 32 Schulen gebaut werden, das seien mehr als 500 Klassenräume. Mit der gleichzeitigen Planung von 15 weiteren Schulen werde eine neue Rekordmarke in der Wiener Schultätigkeit erreicht. Damit werde den ständig steigenden Schülerzahlen in der Bundeshauptstadt - und ebenso der Bevölkerungsverschiebung innerhalb des Stadtgebietes, hervorgerufen durch den Wohnhausbau - voll Rechnung getragen.

Die Bereitstellung moderner Lehr- und Lernmittel - vom Sprachlabor bis zum Videorecorder - sei mit 25 Millionen Schilling dotiert. Auch für die zahlreichen Schulversuche seien die nötigen Mittel sichergestellt. Hier müsse man die notwendigen Erfahrungen sammeln, um die großen Aufgaben der Schule von morgen zu erfüllen.

Die Erwachsenenbildung definierte Frau Sandner als Teil einer bildungspolitischen Einheit zusammen mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung. Der Bogen spanne sich vom Stipendienwerk (7,45 Millionen) über die außerschulische Jugend-erziehung durch das Landesjugendreferat (fast sieben Millionen Schilling) bis zur Wiener Volksbildung. Für deren bauliche Vorhaben stünden 7,85 Millionen zur Verfügung, dazu eine Betriebs-subvention von 7,4 Millionen Schilling. Das Jahr 1971 bringe den Bauabschluß für das Haus der Begegnung in Kagran, den Baubeginn für die Volkshochschule Hietzing und die Häuser der Begegnung in Liesing und in der Großfeldsiedlung.

Eingehend widmete sich die Referentin dem Gebiet des Sports, das einschließlich der Bautätigkeit mit mehr als 83 Millionen Schilling dotiert sei. Die stark steigende Tendenz könne durch einen Vergleich des Voranschlages 1971 mit dem Jahre 1967 erhellt werden: die Steigerung betrage beinahe 70 Prozent.

Groß- und Sportbauten seien das Sportzentrum West und das Wiener Hallenstadion. Außerdem werde den Sportorganisationen durch Sportförderung und Rückvergütung der Vergnügungssteuer ein Betrag von 21,1 Millionen zufließen.

Frau Sandner hob auch die Sportaktionen der Stadtverwaltung hervor: Sportplätze der offenen Tür, Jugend-Eislaufaktion, Fahrt zum Schnee, "Lernt schwimmen!" und Mutter und Kind-Schwimmen. Die Aktionen zählten im Jahre 1970 bisher mehr als 83.000 Teilnehmer.

Mehr als 51 Millionen seien im nächsten Jahr für Theater reserviert, erklärte Frau Sandner. Das Theaterleben habe durch das Arbeitszeitgesetz eine gewisse Anspannung erfahren, die nur durch höhere Förderungszuschüsse beseitigt werden könne. Das Theater an der Wien erhalte 16,5 Millionen. Im übrigen sei dieses Theater zur bestbesuchten Wiener Bühne geworden.

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung sei mit 27 Millionen Schilling veranschlagt, erklärte Frau Sandner. Dabei handle es sich um Einzelvorhaben ebenso wie um Forschungsprojekte großer Institute, etwa des Instituts für Stadtforschung, des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums oder der Akademie der Wissenschaften. Schließlich ging die Referentin auf den Problemkreis der Altstadterhaltung ein. Das Kulturreamt habe in mühevoller Kleinarbeit einen Schutzzonenplan als Grundlage eines im kommenden Jahr einzubringenden Altstadterhaltungsgesetzes erarbeitet. Dabei werde nicht eine museale Stadt angestrebt. Man verstehe unter Altstadtsanierung vielmehr das Anknüpfen, die alte Stadt lebendig zu erhalten. Gewordenes und werdendes harmonisch zu verbinden, sei nicht nur aus kulturpolitischen, sondern auch aus fremdenverkehrspolitischen Motiven ein dringendes Gebot.

Damit, meinte die Referentin, seien Kulturausgaben eindeutig unter die wachstumsfördernden Investitionen zu rechnen. Dies gelte auch für die Wiener Festwochen und die Viennale. Fremdenverkehrspolitisch überbrücke das kulturelle Sommerprogramm die Sommerpause der Bundestheater. 2,4 Millionen seien für 1971 diesem Programm gewidmet. Auch die Bedeutung Wiens als Kongreßstadt sei steigend, von 195 Kongressen im Jahr 1969 auf 230 im Jahr 1970.

Abschließend erklärte Frau Sandner, Kontakte kultureller Art müßten nicht nur im internationalen Bereich, sondern auch mit den anderen Bundesländern vertieft werden. Für das Kulturprogramm gebe es im Jahr 1971 noch eine Reihe von Möglichkeiten, für Wien das Beste zu suchen, zu finden und zu verwirklichen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

der wiener fremdenverkehr 1970

10 wien, 10.12. (rk) steigerungsraten bei der zahl der gaeste (plus 2,5 prozent) und bei der zahl der uebernachtungen (plus 5,3 prozent gegenueber dem vergleichszeitraum des vorjahres: das ist die bilanz des wiener fremdenverkehrs fuer die monate mai bis dezember 1970. damit hat sich die durchschnittliche aufenthaltsdauer des gaste in der bundeshauptstadt von 2,6 auf 2,7 tage erhoeht.

die staerksten steigerungen, 13,1 prozent) wurden bei den erstklassig ausgestatteten hotels beobachtet. die groessten verluste hatten die campingplaetze: das ist vor allem auf den fast vollstaendigen ausfall von besuchern aus der cssr zurueckzufuehren.

es ist evident, dass die zahlen des fremdenverkehrs von faktoren beeinflusst werden, die ausserhalb der fremdenverkehrspolitik liegen. sind es im falle der cssr-touristen politische entwicklungen, so zeichnet fuer eine andere tendenz die verbesserung der infrastruktur in oesterreich verantwortlich: fuer den starken rueckgang des inlaender-fremdenverkehrs, der seit seinem hoehepunkt im jahre 1962 dauernd sinkende zahlen aufweist, die verbesserung des strassennetzes (nach einem theaterbesuch kann man heute durchaus auf der westautobahn bis linz heimfahren und braucht nicht mehr in wien zu uebernachten) ebenso wie die verbesserung des warenangebots auch in kleineren staedten, wodurch ''einkaufs-ausfluege'' nach wien unnoetig werden. im vergleich zum vorjahrszeitraum ist der inlaender-fremdenverkehr um 11,8 prozent zurueckgegangen.

diese und andere mitteilungen (insgesamt 47 tabellen) sind in den soeben erschienenen heft nummer 3 der ''mitteilungen aus statistik und verwaltung der stadt wien'' enthalten.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. Dezember
=====

10.12. (RK)

Montag, 14. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikhochschule, (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Hochschule für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse Dagobert Buchholz (Mozart, Schumann)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus VI; Ensemble "Kontrapunkte", Leitung Peter Keuschnig (Wellesz: Oktett op. 67; A. Berg: Drei Stücke aus der "Lyrischen Suite"; Bartók: Contrasts; Divertimento)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Musikisches Realgymnasium Wien IX: Chorkonzert des Wiener Lehrer a cappella-Chores, Leitung Friedrich Lessky; mitwirkend das Eurasia-Quartett
- 19.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal, Österreichisch-Tschechoslowakische Gesellschaft: Liederabend Ingeborg Radl, am Flügel Susanne Dressler (Nedbal, Schubert, Dvořák, Smetana)
- 19.30 Uhr, Wiener Urania, Mittlerer Saal, VHS Wiener Urania, Kulturamt der Stadt Wien: Zyklus "Konzerte in Volkshochschulen"; 2. Abend "Faszination Oper"; Margarita Lilowa (Sopran), am Flügel und Vortrag Dr. Erik Werba
- 20.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Internationalen Orchester- und Chorzyklus (2. Sonderkonzert im Zyklus III des ORF); konzertante Aufführung von Beethoven's Oper "Leonore"; ORF-Symphonieorchester, ORF-Chor, Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde; Solisten: Gwyneth Jones, Rotraud Hansmann, James King, Werner Hollweg, Eberhard Wächter, Gerd Nienstedt und E.G. Schramm; Dirigent Carl Melles

Dienstag, 15. Dezember:

- 19.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4 a) Vortragssaal, Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Flötenklasse Camillo Wanausek
- 19.30 Uhr, Albertina (Augustinerstraße 1), Albertina-Konzerte 1970/71: 3. Abonnementkonzert "Klassische Serenaden"; Kammerensemble der "Capella Academica Wien", Leitung Eduard Melkus (Haydn: Cassation D-Dur für Streicher und zwei Hörner; Mozart: Serenade G-Dur KV 525 und Divertimento F-Dur KV 247 für Streicher und zwei Hörner)
- 19.30 Uhr, Italienisches Kulturinstitut (3, Ungargasse 43), Italienisches Kulturinstitut: Konzertabend des Ensembles "Camerata Lirica"; A. Dorè (Sopran), M. Giannotti (Flöte), A. Smaldone (Oboe), F. Pezzullo (Klarinette), E-Dall'Oca (Fagott), E. Pompei (Horn), G. Menegozzo (Cello), S. Fiorentino (Klavier)

Dienstag, 15. Dezember:

- 19.30 Uhr, Museum des 20. Jahrhunderts, Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IX "Pop-Gabaret" Instierburg & Co
- 19.30 Uhr, Musikhochschule (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Hochschule für Musik u.d.K.: Prof. Dr. Hans Sittner spricht zum Erscheinen des "Beethoven-Almanachs 1970"; Ausführende: Studierende der Musikhochschule Wien (Beethoven: Klaviersonate f-Moll op. 57; Volkslieder verschiedener Nationen)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Musikalische Jugend Österreichs: a.o. Kammerkonzert; Hindar-Quartett (Johansen: Streichquartett 1969; Beethoven: Streichquartett F-Dur op. 18/1; Grieg: Streichquartett g-Moll op. 27)
- 20.00 Uhr, Franziskanerkirche, Internationale Gesellschaft für alte Musik: 2. Abonnementkonzert "Lassus und seine Zeit"; Wiener Motettenchor, Ensemble "Musica antiqua", Leitung Bernhard Klebel (Lassus, Gallus, Lechner,

Mittwoch, 16. Dezember:

- 10.00 Uhr, Musikhochschule (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Hochschule für Musik: Gedenkfeier zum 200. Geburtstag Ludwig v. Beethovens; es spricht Prof. Hans Swarowsky; mitwirkend Studierende der Musikhochschule Wien
- 15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben, Dirigent Erich Schwarzbauer (1. Teil: Chöre von Scarlatti, H. L. Hassler, W.A. Mozart; Volkslieder aus Europa; 2. Teil: szenische Aufführung der Oper "Der Dorfbarbier" von J. Schenk)
- 18.30 Uhr, Musikhochschule (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Hochschule für Musik: Viola-Abend Gottfried Martin und Walter Berkelmann (Klasse Karl Stierhof)
- 19.00 Uhr, Konservatorium, Johannesgasse 4a, Konzertsaal, Konservatorium der Stadt Wien: Brecht/Weill "Die Dreigroschenoper"; Aufführung der Klasse für Opernvorbereitung Oskar Willner
- 19.30 Uhr, Beethoven-Saal, 19, Pfarrplatz 3, Wiener Beethoven-Gesellschaft: Beethoven-Gedenkfeier; Gedenkrede Walther Brauneis "Beethoven und Heiligenstadt", mitwirkend das Philharmonia-Quintett (Beethoven: Streichquintett C-Dur op. 29; Streichquartett c-Moll op. 104)

Mittwoche, 16. Dezember:

- 19.30 Uhr, Musikhochschule (Seilerstätte 26) Festsaal, Wiener Hochschule für Musik - Gesellschaft für Musiktheater: Schallplattenabend mit Verdi's Oper "Aida", Dirigent George Solti; einführende Worte Karl Hans Koizar
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Österreichisches Streichquartett: 3. Abonnementkonzert (Beethoven: Streichquartett op. 95 f-Moll; Webern: Streichquartett op. 28; Brahms: Streichsextett op. 36 G-Dur)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Gesellschaftskonzert zum 200. Geburtstag Ludwig van Beethovens; Wiener Symphoniker, Wilhelm Kempff (Klavier), Dirigent Walter Weller (Beethoven: Klavierkonzerte Nr. 3, 4 und 5)
- 20.00 Uhr, Amerika-Haus (Friedrich Schmidt-Platz 2), Musikalische Jugend Österreichs - ORF: Erich Kleinschuster-Sextett

Donnerstag, 17. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikhochschule (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Hochschule für Musik u.d. K.: Violinabend der Klasse Franz Samohyl
- 19.30 Uhr, Gesellschaft für Musik (Hanuschgasse 3), Eichen-dorff-Quintett: Hauskonzert in neuer Besetzung (Bläserquintette von Gordon Jacob, Walter Bergmann und Anton Reicha)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Konzert Ivan Rebroff, begleitet von seinem Balalaika-Ensemble
- 19.30 Uhr, Palais Lobkowitz, Ercica-Saal, Kulturamt der Stadt Wien: "Ludwig van Beethoven zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages"; Ellen Klein (Sopran), Hein Medjimorec (Klavier), Wiener Bläserquintett, Kammerschauspieler Ewald Balser (Bagatellen für Klavier op. 33; Lieder; Klavierquintett op. 16; Lesung aus Schriften von und über Beethoven)

Freitag, 18. Dezember:

- 18.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4a) Vortragssaal, Konservatorium der Stadt Wien: Weihnachtsabend der Gesangsklasse Alice Gross-Jiresch
- 18.30 Uhr, Musikhochschule (Johannesgasse 8) Konzertsaal, Wiener Hochschule für Musik u.d. K.: Vortragsabend der Klarinettenklasse Rudolf Jettel (Mozart, Poulenc, Jettel u.a.)
- 19.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4 a) Konzertsaal, Konservatorium der Stadt Wien: Orchesterabend; Schulorchester des Konservatoriums, Dirigent Ladislaus Varady (Bach, Mozart, Hugo Cole)

Freitag, 18. Dezember:

- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Kulturkreis:
"Nacht voller Wunder"; Irmgard Seefried erzählt
und singt; mitwirkend Karl Scheit, Gitarre
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musik-
freunde: 2. Abonnement-Liederabend Christa Ludwig,
am Flügel Dr. Erik Werba (Händel, Verdi, Loewe,
Dvořák, Debussy, Wold Rachmaninoff)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musik-
freunde: 2. Konzert im Orgel-Zyklus; Orgelkonzert
Piere Cochereau (Werke von F. Couperin, C. Franck,
Vierne, Dupré, Duruflé und Messiaen)

Samstag, 19. Dezember:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Österreichischer Ge-
werkschaftsbund: Voraufführung des 5. Abonnement-
Konzertes des NÖ Tonkünstlerorchesters; mitwirkend
Jörg Demus (Klavier), Dirigent Edouard van
Remoortel, Schubert:
2. Symphonie; Beethoven: 2. Klavierkonzert;
Ravel: "La Valse")

Sonntag, 20. Dezember:

- 10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Kammerorchester:
2. Konzert im Matineen-Zyklus, Dirigent Carlo
Zecchi (Mozart: Serenaden c-Moll KV 388, Es- Dur
KV 375 und D-Dur KV 239)
- 15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend:
Konzert der Mozart-Sänderknaben, Leitung Erich
Schwarzbauer (1. Teil: Chöre von Scarlatti, H.I.
Hassler, W.A. Mozart; Volkslieder aus Europa;
2. Teil: szenische Aufführung der Oper "Der
Dorfbarbier" von J. Schenk)
- 15.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, Ballettschule
"Sylphide": 1. Tanzabend
- 16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, NÖ Tonkünstlerorchester:
5. Sonntag-Nachmittags-Konzert; mitwirkend Jörg
Demus (Klavier), Dirigent Edouard van Remoortel
(Schubert: 2. Symphonie; Beethoven: 2. Klavier-
konzert; Ravel: "La Valse")
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend Öster-
reichs: 3. Konzert im Zyklus IV; Wiener Barock-
ensemble, Roland Altmann (Schlagzeug), Dirigent
Theodor Guschlbauer (Händel: Concerto grosso
op. 3/5; Mozart: Symphonie D-Dur KV 81; Gerster:
Musik für Streichorchester und 4 Pauken; Milhaud:
Konzert für Schlagzeug und Orchester; Mozart:
Symphonie A-Dur KV 134)

neue betriebsbaugebiete werden aufgeschlossen

6 wien, 10.12. (rk) sechs teilflaechen im ausmass von insgesamt 77,5 hektar sollen mit einem kostenaufwand von 128,4 millionen schilling innerhalb der naechsten zwei bis zweieinhalb jahre fuer die ansiedlung neuer industriebetriebe aufgeschlossen werden. die betriebsbaugebiete liegen an der simmeringer hauptstrasse im 11. bezirk, an der schoenthalergasse und an der julius ficker-strasse im 21. bezirk sowie an der oberlaaer strasse, zetschegasse und altmannsdorfer strasse im 23. bezirk. etwa die haelfte dieser flaechen ist bereits im eigentum der stadt wien bzw. der wiener betriebsansiedlungs ges.mbh. fuer die mehrzahl der grundstuecke sind bereits ernsthaft interessenten vorhanden. der tiefbauausschuss des wiener gemeinderates bewilligte donnerstag die mittel fuer die aufschliessung dieser betriebsbaugebiete.

0954

schulgarten kagran erhaelt grossglashaus

7 wien, 10.12. (rk) modernste ausbildungsmoeglichkeiten im staedtischen schulgarten kagran: ein neues grossglashaus (kostenpunkt 723.000 schilling) wird kuenftig die ausbildung der gaertnerlehrlinge wesentlich erleichtern. der zerlegbare glashausblock (30 meter lang, 15,6 meter breit), fuer den der tiefbauausschuss des wiener gemeinderates am donnerstag die mittel bereitstellte, soll vor allem der kultur von heil- und gewuerzpflanzen und der vermehrung von warmhauspflanzen dienen. aehnliche glashausblocks wurden in den letzten jahren auch im reservegarten hirschstetten errichtet und haben sich dort gut bewaehrt.

0956

weihnachtskonzert des klassischen wiener schrammelquartetts

4 wien, 10.12. (rk) kommenden samstag, den 12. dezember, um 16 uhr, veranstaltet die gebrueder schrammel-gesellschaft im barocksaal im 17. bezirk, kalvarienberggasse 28 a, ihr traditionelles weihnachtskonzert. die veranstaltung steht unter dem motto "lob auf wien". die ausfuehrenden sind die mitglieder des klassischen wiener schrammelquartetts unter der leitung von prof. lois b o e c k sowie burgschauspieler fritz l e h m a n n, der mundartdichtungen von georg s t r n a d t vortragen wird.

0934

fussgaengersteg ueber viktor kaplan-strasse

8 wien, 10.12. (rk) die viktor kaplan-strasse in wien-donaustadt soll im zuge der benatzkygasse durch einen fussgaengersteg ueberbrueckt werden. damit wird das ueberqueren der neuen schnellstrasse fuer die bewohner dieses gebietes gefahrlos werden.

die stahlbetonkonstruktion der bruecke ist 3,50 meter breit, die durchfahrtshoehe betraegt mindestens 4,50 meter. der tiefbauausschuss des wiener gemeinderates bewilligte donnerstag hiefuer den betrag von 2,5 millionen schilling.

1001

neuer schriftfuehrer im gemeinderat

9 wien, 10.12. (rk) gemeinderat f r o e h l i c h (oevp) hat seine funktion als schriftfuehrer im wiener gemeinderat zurueckgelegt. am beginn der donnerstagsitzung wurde dkfm. doktor w o e b e r (oevp) einstimmig zu seinem nachfolger gewaehlt.

1002

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Personaldebatte

=====

Wien, 10.12. (RK) Als erster Redner ergriff GR. Müller (DFP) das Wort. Er kritisierte die Erhöhung des Personalstandes um 1.030 Personen und forderte die Zusammenlegung von Magistratsabteilungen im Zuge der Verwaltungsvereinfachung. Wo menschliche Arbeitskräfte nicht durch Maschinen ersetzt werden können - in Kindergärten und Spitälern - soll fehlendes Personal durch besondere Begünstigungen angeworben werden, etwa durch Einführung einer 40- oder 30-Stunden-Woche. Krankenpflegepersonal sollte vom Saalhilfsdienst und von Büroarbeiten befreit werden; dazu könnte man Frauen halbtagsweise einstellen.

Die für Personalwerbung vorgesehene Ausgabenpost von drei Millionen bezeichnete der Redner als zu hoch. Das Geld sollte lieber zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des städtischen Personals ausgegeben werden. Beispielsweise gebe es noch immer Strecken der Müllabfuhr, wo für das Personal keine Unterkünfte vorhanden sind.

Anschließend brachte GR. Müller dann ein, von den drei Millionen für Personalwerbung eine Million dazu zu verwenden, um Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung aus Kreisen der Bevölkerung höher zu honorieren, als dies bisher geschehe.

Dann kam der Redner auf einen im Vorjahr von ihm eingebrachten Antrag zu sprechen, der die Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuglenker in städtischen Diensten betraf. Da seither auf diesem Gebiet nichts geschehen sei, brachte GR. Müller erneut einen Antrag ein, für alle diese Kraftfahrzeuglenker solle auf Kosten der Gemeinde Wien eine persönliche Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden.

In Anbetracht der Mängel des vorliegenden Budgets könne seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verweist darauf, daß die höheren Personalansätze überwiegend für die Erfüllung der letzten Etappe der Gehaltsregelung und für die tausend für das kommende Jahr zusätzlich eingesetzten Dienstposten verwendet werden müssen. Neue Dienstposten seien vor allem in den Sozialberufen notwendig, leider wird aber der größte Teil der Neuaufgenommenen für die Arbeitszeitverkürzung nötig. So hat die Erfüllung der 43-Stunden-Woche vor allem beim Pflegepersonal 728 neue Dienstposten erfordert. Leider bedeutet die Bewilligung aber nicht, daß man auch die entsprechende Zahl von Bewerbern findet. Der Anfangsbezug einer Krankenschwester sei zwar in den Werbeschriften mit 4.200 Schilling angegeben, doch wurde der Hinweis unterlassen, daß hier die Bezahlung der Nachtdienste und der Überstunden miteingerechnet ist.

In vielen Bereichen konnte die Arbeitszeitverkürzung nur durch eine Ausweitung der Überstunden abgefangen werden. Diese Entwicklung wird sich bei den nächsten Etappen der Arbeitszeitverkürzung noch verschärfen.

Im kommenden Jahr tritt auch die letzte Etappe der Gehaltsregelung in Kraft. Es wäre angebracht Überlegungen anzustellen ob sich diese Vereinbarung, die erstmalig eine Wertsicherung enthielt, bewährt hat und in welcher Form sie nach Ablauf weitergeführt werden kann. Es wäre gerade jetzt, wo die Preisauftriebstendenzen wieder stärker spürbar werden ein Rückschritt, auf diese Wertsicherung zu verzichten.

Auf Bundesebene werde über die Frage der Abfertigungen verhandelt. Sowohl die Altersabfertigung, wie die Abfertigung von weiblichen Bediensteten nach ihrer Eheschließung oder der Geburt eines Kindes wäre auch für den Gemeindedienst notwendig, soll sich die Pragmatisierung für den einzelnen Bediensteten nicht nachteilig auswirken.

Größtes Augenmerk müßte der Bereitstellung von geeigneten Nachwuchskräften für die städtischen Spitäler und Pflegeheime zugewendet werden. Sicher gab es in den letzten Jahren einige Fortschritte, so unter anderem auch durch die Bereitstellung von Dienstwohnungen. Leider ist die Reform auf dienst- und besoldungsrechtlichem Gebiet, die eine der Voraussetzungen für eine Aufwertung des Pflegeberufes wäre, bis jetzt ausgeblieben. Die ständige Unterbewertung müßte durch die Schaffung eines eigenen Sozialschemas beseitigt werden.

Es müßte auch für bessere Aufstiegsmöglichkeiten gesorgt werden. Nach einer dreijährigen Diplombildung und Absolvierung eines einjährigen Spezialkurses auf einem Fachgebiet müßte eine Gleichstellung mit den medizinisch-technischen Assistentinnen möglich sein. Den Operationschwwestern werden leider noch immer für einen 24-Stundendienst nur 18 Stunden angerechnet.

Die Ausschreibung von Dienstposten leitender Beamter wäre auch im Gemeindebereich dringend erforderlich.

Bei den letzten Personalvertretungswahlen habe man einer Schwesternvertretung, die eine eigene Liste aufstellen wollte, dienstliche Schwierigkeiten gemacht. Das sei undemokratisch und abzulehnen.

Trotz gewisser Fortschritte auf dem Personalsektor könne seine Fraktion im Hinblick auf die verschiedenen aufgezeigten Mängel dem 1. Hauptstück nicht die Zustimmung geben.

Roman Köchl (ÖVP) beschäftigte sich eingehend mit den Möglichkeiten und Nachteilen, die die elektronische Datenverarbeitung für die öffentliche Verwaltung bedeute. Köchl beleuchtete das Büro für Verwaltungstechnik und Organisation der Magistratsdirektion, nach dessen Konzept für eine Kommunalinformation ein umfassender Personen-, Finanz-, Grundsteuer-, Gewerbe- und Planungskataster erstellt werden sollte. Die Speicherung von detaillierten Angaben über jeden Wiener, die noch dazu von Außenstellen abgerufen werden könnten, würden unter Umständen jedoch zu einer Gefährdung der Privatsphäre führen. Daher müsse unbedingt der Schutz der Privatsphäre gesichert werden. Köchl verlangte zudem eine Information darüber, wie weit die Verhandlungen mit anderen Dienststellen, wie dem Kanzleramt und den Finanzämtern über eine Kooperation auf diesem Gebiet gediehen seien. Abschließend bemängelte er noch das Fehlen einer Büroraumplanung für den Magistrat.

./.

GR. Czettel (SPÖ) wies auf den großen Aufgabenbereich dieser Geschäftsgruppe hin. Bei der vorherrschenden Situation sei die Lösung der sich dabei ergebenden Probleme nicht immer leicht, denn es gebe hier eine echte Konkurrenz mit der Privatwirtschaft. 54.000 Bedienstete, die in den verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung ihren Dienst versehen, bringen naturgemäß manche Probleme mit sich. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaft als Vertreter der Arbeitnehmerschaft auf der einen Seite, der Stadt Wien als Arbeitgeber auf der anderen Seite wären sehr wichtig. Neben dem Bemühen, den sozialen Status des Beamten zu fördern und seine Entlohnung leistungsgerecht zu gestalten, wäre auch die Bedeutung seiner Arbeit, seiner Mitverantwortung und die Möglichkeit von selbständigem Handeln wichtig.

Auf die Arbeitszeitverkürzung zu sprechen kommend, meinte der Redner, daß natürlich nicht alle Bediensteten eine derartige Verkürzung für sich in Anspruch nehmen könnten. Trotzdem werde man prüfen, in welchen Bereichen solche Arbeitszeitregelungen durchführbar seien. Darüber hinaus werde es die gleitende Arbeitszeit ermöglichen, die Arbeit im Dienst der Stadt Wien noch attraktiver als bisher zu gestalten.

Die Einführung der 43-stündigen Arbeitszeit ab 5. Jänner 1970 hat wohl eine Reihe von Problemen mit sich gebracht, doch sollten die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in den für die Zukunft geplanten Arbeitszeitverkürzungsetappen bereits ihre sinnvolle Anwendung finden. Der Stadtverwaltung komme im Wiener Raum als Wirtschaftsfaktor große Bedeutung zu. Diese Position gelte es durch diverse Rationalisierungsmaßnahmen und Verbesserungen auf dem Arbeitsgebiet nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen. Wiens öffentliche Verwaltung, im Interesse der Bevölkerung noch freundlicher zu gestalten, solle daher auch in Zukunft zu den Hauptaufgaben der Stadt Wien gehören.

Einen Strauß von Anregungen zum Thema "Verbesserungen des Betriebsklimas" brachte GR. Prof. Zörner (ÖVP). Bei der Straßenbahn müsse unter anderem die Dienstkleidung modernisiert werden, das sogenannte "Dienstschau" (Nachfrage nach dem Dienst am nächsten Tag abgeschafft und überhaupt der aus dem Jahr 1929 stammende Dienstvertrag reformiert werden.

Schulungskurse etwa für Erziehungs- und Pflegepersonal, dürften nicht unmittelbar nach einem Nachtdienst stattfinden. Für die Volksbibliothekare monierte der Redner eine Bildungszulage und eine Verbesserung des Prüfungssystems.

Generell für alle Bedienstete der Gemeinde Wien forderte GR. Zörner Chancengleichheit, so daß nicht einigen wenigen eine "Rosinenlaufbahn" offenstehe.

Die gleitende Arbeitszeit sollte nicht nur eine Verbesserung für die Bediensteten bringen, sondern auch der Bevölkerung zukommen: Ämter mit Parteienverkehr müßten ein bis zweimal pro Woche auch nach 16 Uhr geöffnet sein.

Es sei auch wünschenswert, daß mit Hilfe eines neuen Gehaltschemas mit etwa 15 Dienstklassen eine Besserstellung für viele Arbeitnehmer geschaffen werde. Überhaupt sei zu überlegen, ob nicht das "Kastenwesen" einer Erennung zwischen Arbeitern und Angestellten abgeschafft werden könnte.

GR. Hirsch (SPÖ) versuchte, die Erfolge im Kampf für die Besserstellung der Bediensteten besonders hervorzuheben. Erstens seien die Witwen in diesem Jahr bessergestellt worden, zweitens gebe es nun eine bessere Anrechnung von Vordienstzeiten, drittens sei in diesem Jahr die Arbeitszeit auf 43 Stunden verkürzt worden. Zum Schluß seines Debattenbeitrages stimmte er das "Hohelied des braven Mannes" an: Die Gemeindebediensteten dienten der Bevölkerung sozusagen von der Wiege bis zum Grabe. Sie erfüllten mehr als ihre Pflicht und dafür spreche er allen Bediensteten seinen Dank aus.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Rock besonders auf das Schwesternproblem ein. Es sei nicht richtig, wie von einigen Rednern behauptet wurde, daß der Schwesternmangel nur im Finanziellen seine Ursache habe. Als Beweis dafür führte er die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland und Schweden an.

Dort sei das Schwesternproblem noch viel größer, in der Schweiz müßten ganze Spitalsabteilungen gesperrt werden, in der Deutschen Bundesrepublik fehlten 30.000 Schwestern, manche Spitäler in der Bundesrepublik seien gezwungen, mehr als 60 Prozent des gesamten Personals durch Gastarbeiter zu ersetzen.

Hauptgrund für das Schwesternproblem seien die Arbeitsbedingungen. Daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern. Man dürfe nicht immer klagen, sondern sollte eher versuchen, diesen Beruf aus der Kritik herauszuziehen und die positiven Seiten ins rechte Licht zu stellen. Er - Stadtrat Bock - sei glücklich und stolz, daß die Situation in Wien wesentlich günstiger als im Ausland sei. Dies zeige das Verhältnis der diplomierten Schwestern zu den anderen Krankenschwestern sehr deutlich. Das Verhältnis sei in Wien wesentlich günstiger.

Das Anfangsgehalt einer diplomierten Krankenschwester von 4.200 Schilling sei im Vergleich zum Ausland keinesfalls gering. In der Deutschen Bundesrepublik betrage das Anfangsgehalt ungerechnet zwar 5.600 Schilling, dafür werden aber nur zwölf Gehälter bezahlt. Die Wohnung ist wesentlich teurer, das Essen ebenfalls und die Arbeitskleidung muß von den Schwestern selbst gekauft werden. Zur elektronischen **K. tenverartei-**
tung: Es sei unfair, wenn man in diesem Zusammenhang von den Gefahren eines Mißbrauches redet, nur weil eben die Sozialdemokraten die stärkste Partei stellen. Er könne versichern, daß alle Möglichkeiten zum Mißbrauch ausgeschaltet werden und er sei durchaus der Ansicht, daß künftig gesetzliche Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems notwendig sein werden. Diese Feststellung brachte ihm den spontanen Applaus der ÖVP-Fraktion ein.

./.

Wenn die Sonderverträge kritisiert wurden, könne er nur sagen, daß dies zu Unrecht geschehen ist. Die Privatwirtschaft habe es leichter, sich Angestellte zu sichern. Sie zahlt, wenn es notwendig ist, höhere Löhne, und legt wie dann auf die Produkte um. Eine Gebietskörperschaft kann im Konkurrenzkampf um die Arbeitskräfte da nicht mithalten, sie kann nur mit größerer Flexibilität reagieren und daher sind diese Sonderverträge unbedingt notwendig.

Die Ansätze des Personalbudgets wurden mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen. Die beiden DFP-Anträge wurden abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

gemeinde wien foerdert hotelbau

finanzhilfe fuer 3000 zusaetzliche fremdenbetten internationalen standards - geschaeztes investitionsvolumen fast eine milliarde

13 wien, 10.12. (rk) im finanzausschuss des gemeinderates wird montag die aktion zur foerderung von hotelbauten - die vizebuergemeister felix s l a v i k bereits bei der budgetpressekonferenz angekuendigt hat - zur diskussion stehen. sie soll noch heuer vom gemeinderat beschlossen werden.

wahrend die bereits laufende wiener fremdenverkehrskreditaktion die modernisierung bestehender hotelbauten erleichtert, dient die neue aktion ausschliesslich der errichtung neuer hotels. derzeit gibt es in wien etwas mehr als 10.000 hotelbetten der kategorien a1 bis b. mit der neuen aktion soll die errichtung zusaetzlicher hotels mit insgesamt 3.000 betten gefoerdert werden. die foerderung besteht in zinsenzuschuessen, die fuer die ersten vier jahre ab inanspruchnahme des kredites je 2,5 prozent des aushaftenden kapitalstragen betragen.

es sollen ausschliesslich hotels gefoerdert werden, die dem internationalen reisestandard entsprechen. deshalb wird vorgeschrieben, dass jede zimmereinheit mit bad und wc ausgestattet werden muss. andererseits sollen die investitionskosten 230.000 schilling pro bett nicht ueberschreiten. gefoerdert wird ausschliesslich der hotelbau selbst, einschliesslich aller installationen. der foerderungswerber muss nachweisen, dass er mindestens 25 prozent der investitionsmittel als eigenkapital aufbringt. um zu gewahrleisten, dass die neuen hotels auf einer soliden wirtschaftlichen basis stehen, wird festgelegt, dass ein gefoerderter bau mindestens 150 betten umfassen muss.

die berechnungen ergeben, dass mit dieser foerderungsaktion der gemeinde wien ein investitionsvolumen von fast einer milliarde schilling in bewegung gesetzt werden kann. die aktion hat daher nicht nur fuer den wiener fremdenverkehr und fuer wiens geltung als internationales wirtschafts-, kultur-, kongress- und behoerdenzentrum bedeutung, sondern stellt einen grossen impuls fuer die gesamte wirtschaft dar.

neues buero- und geschaeftszentrum beim pressehaus

15 wien, 10.12. (rk) rund um das pressehaus und das internationale pressezentrum soll in naher zukunft ein echtes buero- und betriebszentrum entstehen. der zustaendige planungsausschuss stimmte kuerzlich einer abaenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes fuer dieses gebiet zwischen stadtbahn, franz josefs-bahn, nussdorfer laende und heiligenstaedter laende zu.

dieses gebiet ist zur zeit sehr differenziert bebaut. primitive bauhaeuten und flugdaecher wechseln mit vielgeschossigen buero- und betriebshausern. werkstaetten liegen neben lagerplaetzen, industrieobjekte neben gewerbebetrieben.

auch das alter der bauten ist sehr unterschiedlich. neben den beiden modernen hochhausern der juengsten zeit existiert noch eine vielzahl von anlagen aus der zwischenkriegs- gruender- und vor-gruenderzeit.

gerade fuer diesen bezirksteil wurden waehrend der letzten jahre sehr viele bauansuchen eingereicht. durch die nun erfolgte aenderung sollen vor allem die staedtebaulichen chancen wahrgenommen werden. die bebauung soll kuenftig so erfolgen, dass die richtige dichte fuer dieses gebiet erreicht wird.

ein weiterer wichtiger bestandteil der abaenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes ist die schaffung der voraussetzung fuer die verwirklichung des verkehrskonzeptes. fuer die auf-, abfahrten und verflechtungen der kuenftigen nordautobahn muss raum reserviert werden. eine grossflaechige umwidmung auf oeffentliche verkehrsflaechen wurde daher erforderlich. die stadtplaner tragen sich mit den gedanken, frueher oder spaeter eine fussgeherverbindung vom 19. bezirk ueber den donaukanal zu den sportanlagen im 20. bezirk an der spittelauer laende zu schaffen. der dazu erforderliche grundstreifen soll daher bis auf weiteres un bebaut bleiben.

g e s p e r r t b i s 1 9 u h r

kommunalpolitisches quiz:

rundfahrt fuer die sieger

22 wien, 10.12. (rk) die 21 besten des kommunalpolitischen quiz (13 maedchen und acht burschen) gewannen nicht nur wertvolle buchpreise, sondern wurden auch von der stadtverwaltung zu einer rundfahrt durch das neue wien eingeladen. donnerstag nachmittag besichtigten sie die grossfeldsiedlung, das internationale studentenheim, das haus des buches und die u-bahn-baustelle karlsplatz. anschliessend waren sie zu einem abendessen in den rathauskeller eingeladen.

das kommunalpolitische quiz wurde im rahmen des kommunalpolitischen jugendgespraechs 1970 abgehalten, an dem rund 1700 schuelerinnen und schueler der abschlussklassen von 42 allgemeinbildenden und 9 berufsbildenden hoeheren schulen teilgenommen haben.

1412

angelobung eines bezirksrates

12 wien, 10.12. (rk) der neuberufene bezirksrat dipl.-ing. karl h a n u s c h (8. bezirk) wurde am mittwoch von stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g in vertretung des buergermeisters angelobt.

1100

landgutgasse wieder frei

21 wien, 10.12. (rk) die landgutgasse ist seit donnerstag 14 uhr zwischen guertel und sonnwendgasse wieder fuer beide richtungen ohne einschraenkungen befahrbar.

1407

preisgünstige gemuese- und obstsorten

23 wien, 10.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit:
heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obst-
sorten besonders preisgünstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 5 bis 6 schilling,
weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 6 schilling, mandarinen
8 bis 9 schilling, griechische orangen 5,50 schilling, bananen
6 bis 8 schilling je kilogramm.

1414

pferde- und schweinenachmarkt vom 10. dezember

18 wien, 10.12. (rk) kein auftrieb.

rindernachmarkt vom 10. dezember

19 wien, 10.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 3 kuehe, gesamt-
auftrieb dasselbe, unverkauft 3 kuehe.

1349

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kulturdebatte

=====

GR.Müller (DFP), dessen Rede wiederholt von Zwischenrufen unterbrochen wurde, bezeichnete die Wiener Kulturpolitik als janusköpfig. Was solle der Ausländer denken, der ein schönes Konzert besucht habe und dann an einem alten Barockbau vorbeigehe und die Klänge der Spitzhacke vernehme? Der Redner stellte den Antrag, eine Expertenkommission zur Erhaltung des Stadtbildes zu schaffen. Weiter kritisierte er, daß für Naturschutzmaßnahmen im Voranschlag weit weniger Geld als für Ausstellungen und Veranstaltungen vorgesehen sei. Er bemängelte schließlich, daß die Volksheime in zunehmendem Maße für parteipolitische Zwecke herangezogen würden und führte als Beispiel dafür an, daß er selbst zu einem Kraftfahrer-Vortrag gegangen sei, der von einem Vertreter des ARBÖ gehalten wurde. Die DFP, schloß GR.Müller, werde den Budgetansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Der nächste Debattenredner, GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) kritisierte die rückläufige Tendenz des Kulturbudgets. Seit 1968 sind die Mittel für kulturelle Aufgaben um 16,3 Prozent, das ist ein Sechstel, zurückgegangen. 1970 betrug der Anteil nur mehr 4,9 Prozent, während für 1971 nur 4,7 Prozent der Gesamtausgaben der Kultur zur Verfügung stehen werden.

Demgegenüber gibt Graz 20,23 Prozent seines Gesamtbudgets für kulturelle Zwecke (ohne Sport) aus, in Salzburg beläuft sich das Kulturbudget auf 17,3 Prozent.

Anschließend reklamierte der Debattenredner das schon längst fällige, aber noch immer nicht vorliegende Altstadterhaltungsgesetz. Als Beispiel dafür, wie schutzwürdige Parkflächen verbaut werden, führte er den Garten des Palais Berchtold im 9. Bezirk an. Das Palais Berchtold sei um 2,1 Millionen Schilling vom "Vorwärts"-Verlag gekauft und um 7,8 Millionen an die BAWAG weiterverkauft worden. Nun will der Gewerkschaftsbund auf diesem Grundstück ein sechsstöckiges Gästehaus und eine zweigeschossige Garage bauen.

Die für die Theater vorgesehenen Subventionen in Höhe von sechs Millionen bezeichnete Wolfram als zu gering, besonders im Hinblick auf die durch Einführung der 43-Stunden-Woche erwachsenden Mehrkosten. Das Gagengefälle von den Bundes- zu den Landestheatern werde ein Abwandern der Künstler zur Folge haben. Eine Balletteuse zum Beispiel, die in einem Landestheater 2.900 Schilling erhält, verdient in einem Bundestheater das Dreifache.

Ein kulturelles Unbehagen verursachen auch die Wiener Ausstellungen. Von den Besuchern der Beethoven-Ausstellung, die mit 47.000 Personen außerordentlich gut besucht war, sind nur etwa 1 bis 1,5 Prozent Wiener gewesen. Man müßte sich bemühen, eine größere Breitenwirkung zu erzielen, etwa durch Zusammenarbeit des Kulturamtes mit den Volkshochschulen und den Schulen. Das Plakat für die Beethoven-Ausstellung sei zu sehr auf Beethoven-Liebhaber abgestimmt gewesen, weniger auf die breite Masse der Musikliebhaber.

Die Volkshalle im Rathaus sei zwar für Werbe- und Informationsausstellungen ideal, nicht aber für Kunstaustellungen. Nachteilig ist auch das Fehlen eines geeigneten Ausstellungslokals, das dauernd zur Verfügung steht. Das Historische Museum der Stadt Wien sei für Ausstellungen größeren Ausmasses ungeeignet, da es allen warnend vorgebrachten Einwänden zum Trotz zu klein gebaut wurde.

Mit dem Haus des Buches besitzt Wien zwar eine moderne Bibliothekszentrale, es müßte jedoch viel mehr Propaganda für diese Institution gemacht werden. Vom Lehrkörper eines Wiener Gymnasiums konnte kein einziges Mitglied angeben, wo sich das Haus des Buches befindet.

Als erfreulich bezeichnete der Debattenredner die Rückvergütung der Vergnügungssteuer an Sportvereine, als unerfreulich, daß das Sportzentrum West noch immer nicht gebaut wird, obwohl für heuer 20 Millionen Schilling bewilligt wurden.

Abschließend kam GR. Wolfran auf Schulprobleme zu sprechen. Während an den Pflichtschulen kein Lehrermangel herrscht -- die Reserve betrage vier Prozent -- gibt es zu wenig Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen. In den nächsten Jahren werde die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden höheren Schulen -- auch durch die Aufhebung der Aufnahmeprüfung -- gewaltig steigen, so daß etwa 500 neue Schulklassen notwendig sein werden. Man werde 15 bis 20 Gymnasien benötigen. Erfreulich ist, daß die Stadt Wien den Bau von drei Gymnasien in den Bezirken 10, 21 und 23 vorfinanziere.

Die Typenvereinfachung an den allgemeinbildenden höheren Schulen ist zu begrüßen, für die Schulversuche zur Gesamtschule der 10 bis 14jährigen forderte der Debattenredner eine streng wissenschaftliche, neutrale Kontrolle.

Eine unerfreuliche Wiener Spezialität sind die schlechten disziplinären Verhältnisse in den zweiten Klassenzügen der Hauptschulen; dort falle vor allem die große Zahl der Lernunwilligen auf.

Probleme gäbe es auch durch die Kinder der Fremdarbeiter. Als Beispiel nannte der Redner eine Schule in Ottakring, wo in einer Klasse mit 25 Schülern zehn Schüler türkischer und jugoslawischer Abstammung sind, was natürlich den Unterricht erschwert.

In Anbetracht der zu geringen Mittel für kulturelle Erfordernisse werde seine Fraktion den Ansätzen des Kulturbudgets nicht zustimmen.

GR. Traindl (ÖVP) begrüßt die Toleranz, mit der im Ausschuß III gearbeitet werde. Wir haben auf dem Pflichtschulsektor, abgesehen von kleinen Schwierigkeiten in Siedlungsgebieten, genügend Schulraum zur Verfügung und Klassen-Schülerzahlen, die das gesetzliche Maß nicht überschreiten. Notwendig wird noch eine qualitative Verbesserung sein. Bei den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sind noch einige Forderungen offen: So brauchen die Schüler der kaufmännischen Lehranstalt dringend das vierte Zentralberufsschulgebäude, für

dessen Errichtung noch keinerlei Mittel eingesetzt sind. In den Berufsschulen müßten die modernsten Maschinen zur Verfügung stehen, denn nur dann kann die Ausbildung den Gegebenheiten der Wirtschaft Rechnung tragen. Für die Auslagendekorateure müßte ein gestaltungsfähiger Schauraum geschaffen werden und für die Schüler des Gastgewerbes wäre ein Zubau an der dritten Zentralberufsschule notwendig.

Großes Augenmerk muß den laufenden Schulversuchen über einen flexiblen Schuleintritt zugewendet werden. Dazu ist die Schaffung ausreichender Kindergärtenplätze oder von entsprechenden Vorschulklassen notwendig. Die Kosten für die Unterbringung in solchen Kindergärten müßten von der Stadtverwaltung übernommen werden. In diesen Kindergärten oder Vorschulklassen müßten die erforderlichen Bildungshilfen, insbesondere für die sprachliche Entwicklung, Konzentrationsfähigkeit, soziale Kontakte, Arbeitstempo usw. gegeben werden.

Nicht ganz so erfreulich sei das Geschehen an den Wiener Hauptschulen und hier gibt es gerade bei den zweiten Klassenzügen manche Schwierigkeiten: Die Oberflächlichkeit des Denkens und die Passivität stellt in vielen Fällen die Lehrerschaft vor schwierige Aufgaben. Der Unterricht an diesen Schulen müßte anschaulicher und individueller gestaltet werden.

Der Redner stellt den Antrag auf Einführung eines allgemeinen Schülerausweises, der bei allen städtischen Einrichtungen, wie Verkehrsbetriebe, Bäder, Museen usw. zur Lösung verbilligter Fahr-, bzw. Eintrittskarten berechtigt. Aus erzieherischen Gründen hielte er es für gerechtfertigt, den Schülern nach der Schulzeit ihren Atlas, das Lieder- und Deutschbuch zu überlassen. Notwendig wäre es nach Ansicht des Redners, bei Zentralschulen und bei Schulen in entlegenen Gebieten ein Schulschwimmbad zu errichten.

Erfreulich sei die außerschulische Jugenderziehung, die über die Häuser der Begegnung, über das Landesjugendreferat und andere Vereine erfolgt. Diese Art der Erziehung läßt sich jedoch nur in kleinen Gruppen wirksam gestalten. Der Redner regt daher an, auch kleine Gruppen außerhalb einer Dachorganisation, wie Wander-, Ski-, Turn-, Theater- und Orchestergruppen zu fördern.

Den Ansätzen stimme seine Fraktion zu.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) griff in seinem Debattenbeitrag die Jugendförderung heraus. Die zahlreichen Aktionen zeigen deutlich, wie stark sich die Stadt Wien auf diesem Gebiet engagiert. Für Theaterabonnements und Filmabonnements für Jugendliche sind im kommenden Jahr 1,9 Millionen Schilling vorgesehen. Das Theater der Jugend konnte im vergangenen Jahr auf 250 Aufführungen und rund 700.000 Besucher zurückblicken.

Der Ankauf des Renaissancetheaters durch den Verein "Theater der Jugend" wird durch den Bund und die Stadt Wien finanziell ermöglicht werden. Die österreichische Bundeshauptstadt wird damit die einzige Stadt Europas mit einem eigenen Jugendtheater sein, stellte der Redner fest. Die Beliebtheit der Schulkonzerte zeige, daß die Stadt auch auf diesem Gebiet auf dem rechten Weg ist. Im kommenden Jahr werden den Wiener Theatern 51 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, davon wird das Theater an der Wien, die bestbesuchte Bühne Europas, 15 Millionen erhalten. GR. Mayr sprach der Direktion für die gute Führung Dank und Anerkennung aus.

Zum Thema Wiener Symphoniker stellte der Redner fest, daß im kommenden Jahr die Stadt Wien zwei Drittel der Kosten - nämlich 17 Millionen - und der Bund ein Drittel - achteinhalf Millionen - zahlen wird. Unter dem ÖVP-Finanzminister Koren sei diese Teilung leider nicht möglich gewesen.

Vom Theater und Konzert zum Sport: Die zahlreichen Initiativen der Stadt Wien, vor allem den Jugendlichen die Sportausübung in der Großstadt zu ermöglichen, seien ein voller Erfolg. Dies habe allein die Anzahl der Teilnehmer bewiesen, die zu den Sportplätzen der offenen Tür kamen. Auf den 14 Plätzen wurden 28.000 Jugendliche gezählt. Besonderer Dank gebühre Vizebürgermeister Sandner für ihr Bemühen, in jedem Park eine Kinderspielwiese zu errichten.

Für den Bau und die Erweiterung von Sportstätten werde Wien im kommenden Jahr 52 Millionen ausgeben. Gegen die Behauptung von Besserwissern werde der Sportklub Rapid doch ins Weststadion übersiedeln. Ein einstimmiger Beschluß des Sportvereines liege vor. Mit dem Bau des Sportzentrums West werde noch in diesem Jahr begonnen werden. 10 Millionen Schilling werden im kommenden Jahr als erste Baurate vorgesehen. Die Stadt Wien

stelle den Sportlern alle Hallen gratis zur Verfügung. Die beispielgebenden Aktionen, wie die Fahrt zum Schnee, das Mutter-und-Kind-Schwimmen, die Eislaufaktion, etc. bewiesen, daß Wien zu recht als Sportmäzen gelten kann.

GR. Prof. Markus Bittner (ÖVP) beschäftigte sich mit Sportproblemen: Ein Landes-Sportgesetz sei dringend nötig - im übrigen hätten das schon alle Bundesländer bis auf Wien, Burgenland und Kärnten. Dasselbe gelte für ein Schischul-Gesetz zur Abstellung des Pfuscherwesens. Auf dem Gebiet der Sportförderung solle überlegt werden, zur Personalförderung überzugehen. So könnte den Wiener Spitzensportlern das Erbringen von international anerkannten Leistungen leichter gemacht werden.

Der Redner brachte einen Antrag ein, der die Schaffung eines Sportstättenkonzeptes zum Inhalt hat. Auf diese Weise solle von der punktuellen Sanierung von Sportanlagen abgegangen werden. Besonders setzte sich Bittner für die Erhaltung der Sportanlage Schönbrunn ein, die jährlich 50.000 Besucher hat und auf der 16 Vereine sowie acht Schulen Sport treiben.

Als Anregung schlug Bittner vor, nach der Olympiade 1972 in München die Sportler verschiedener Disziplinen (Leichtathletik, Fußball, Fechten, Ringen, Schwimmen und andere) zu Wettkämpfen nach Wien einzuladen. Ihnen könnten die Sieger aus den Wiener und den Vereinsmeisterschaften gegenübergestellt werden.

Bittner deponierte auch die Anregung, die Dotierung der Preise der Stadt Wien und der Renner-Preise zur Vermeidung des Wertverlustes höher zu dotieren. Die Dotation sei seit 1964 unverändert. Ebenso müsse man zugeben, daß die Probleme der Jungbürgerfeiern und der Feiern zum Nationalfeiertag ungelöst seien - vielleicht deshalb, weil solche Feierlichkeiten in der Großstadt-Mentalität unserer Zeit überhaupt nicht mehr mit großem Erfolg durchführbar seien.

GR. Ascherl (SPÖ) verwies darauf, daß 60,8 Prozent des Budgets dieser Geschäftsgruppe für die Schulen bestimmt sind. Bildung hat also eindeutig Vorrang. Der steigenden Schülerzahl - 1963/64 rund 76.000, 1971/72 rund 106.000 und 1974/75 rund 115.000 Pflichtschüler - wird damit Rechnung getragen.

Im kommenden Jahr werden 22 Schulbauten fortgesetzt, zehn neu begonnen und fünfzehn geplant. Es werden also 47 neue Schulen in Arbeit sein. Das ist eine Rekordzahl. Dazu werden fünfzehn neue mobile Schulklassen eingesetzt, so daß deren Gesamtzahl 61 betragen wird. Die Schwerpunkte der Schulbautätigkeit liegen am Stadtrand, doch wird auch der qualitativen Verbesserung der Schulen im zentralen Bereich großes Augenmerk geschenkt. In Zukunft werden die bauliche Erhaltung und Modernisierung bestehender Schulen immer wichtiger werden. Durch die Vorsorge auf dem Schulbausektor wurden den Wiener Schülern Wechselunterricht und Wanderklassen erspart.

Mitte der fünfziger Jahre gingen etwa 25 Prozent der Volksschüler in höhere Schulen, jetzt sind es schon fast 40 Prozent. Noch immer ist es jedoch so, daß von 100 Akademikerkindern 70 eine Hochschule besuchen, von 100 Arbeiterkindern nur fünf. Wir können es uns jedoch nicht leisten, daß infolge ungleicher Startbedingungen wertvolle Begabungen verlorengelassen werden. Der Redner wandte sich gegen eine Stellungnahme der Industriellenvereinigung, in der verlangt wurde, man solle nicht durch Subventionierung künstlich Hochschüler erzeugen, und davon gesprochen wurde, es gebe zu viele Maturanten. Dieser Meinung hielt GR. Ascherl Zahlen entgegen: Auf tausend Einwohner entfallen in den USA 29 Studenten, in der Sowjetunion 16, in Holland und Schweden je zehn, in Österreich hingegen nur sechs. Der Versuch, bestimmten sozialen Gruppen das Studium zu erschweren, müsse entschieden zurückgewiesen werden.

GR. Ascherl erklärte, daß die Bundesregierung in den früheren Jahren schwere Unterlassungssünden gegenüber Wien begangen habe, die von der neuen Regierung in acht Monaten nicht gutgemacht werden konnten. Jetzt wird endlich im zuständigen Ministerium ein langfristiges Konzept für die höheren Schulen fertiggestellt, werden die Schulbaumittel um zehn Prozent erhöht, wird die Vorfinanzierung von zwei allgemeinbildenden höheren Schulen in Wien akzeptiert und ist eine dritte Schule im Gespräch.

Die Veränderungen in der Welt werden in 20, 30 Jahren noch rascher vor sich gehen als jetzt. Deshalb kommt dem vollen Ausbau der Jugend- und Erwachsenenbildung größte Bedeutung zu. Jede Investition auf diesem Sektor ist eine Investition für die Wirtschaft und für die Zukunft unseres Volkes.

Wien wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Es sei zu hoffen, sagte GR.Ascherl, daß die Architekten dabei behutsam vorgehen werden, damit nicht manches, was für Wien charakteristisch ist, verloren geht. Die Gemeinde Wien wendet der Erhaltung des Stadtbildes ebenso wie dem Naturschutz besondere Beachtung zu. Man muß jedoch feststellen, daß diese Aufgaben nicht allein von der Gemeinde gelöst werden, sondern auch die Wirtschaft und letztlich jeden einzelnen angehen.

GR.Müller (DFP) ergriff nochmals das Wort, um seine Feststellung zu untermauern, daß die Besucher der Häuser der Begegnung einseitiger politischer Beeinflussung ausgesetzt seien. Wer in den Außenbezirken wohnt, ist vielfach auf den Besuch dieser Häuser angewiesen, weil die Verkehrsbedingungen in die inneren Stadtbezirke schlecht oder ungünstig sind. Als Beispiel führte er die städtischen Wohnhausanlagen im Bereich der Altmannsdorfer Straße an. Vielen Bewohnern dieses Gebietes bleibe nichts anderes übrig, als eben mit jenem Programm vorlieb zu nehmen, das dort geboten werde.

Als Beispiel politischen Druckes führte GR.Müller zwei ehemalige Mitglieder der DFP an, ohne jedoch deren Namen zu nennen. Beide seien aus seiner Partei ausgetreten: Das eine Mitglied - ein Gemeindebediensteter - um seinen Posten nicht zu verlieren, das andere aus Angst, die kurz zuvor erhaltene Wohnung in einer städtischen Wohnhausanlage zu verlieren, wenn er weiterhin bei der DFP bleiben würde.

GR.Müller schloß seinen Debattenbeitrag mit der Feststellung, den Wienern sei es gleichgültig, welche Investitionen dem Bund und welche der Gemeinde "gehören" - maßgeblich sei lediglich die klaglose Funktion dieser Institutionen.

Vizebürgermeister Sandner versicherte in ihrem Schlußwort, daß jede positive Kritik, die nach Verbesserung drängt, in ihrer Geschäftsgruppe Berücksichtigung finden wird. Das Beispiel Graz sei schlecht gewählt, da dort 82 Prozent des Kulturbudgets ausschließlich für die Theatererhaltung ausgegeben werden. Das bedeute eine empfindliche Einschränkung aller anderen Kulturmaßnahmen. Sie sei glücklich, in Wien ein Budget vorlegen zu können, das dem Theater entsprechende Aufmerksamkeit widmet, aber gleiche Möglichkeiten für alle anderen kulturellen Aufgaben in sich birgt. Bund und Gemeinde werden gemeinsam alles daran setzen, den Ruf Wiens als Theaterstadt nicht zu gefährden.

Altstadterhaltungsgesetz: Um ein Gesetz durchführen zu können, muß es entsprechend fundiert sein. Die Vorarbeiten wurden nun abgeschlossen und vergleichende Gespräche mit Stadtplanung und Bauamt werden in Kürze aufgenommen. Erhalten würde, was erhaltungswürdig sei. So ist das Esterházypalais nach einer Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes nicht als barockes Baudenkmal zu werten, da die vorgenommenen Umbauten den ursprünglichen Charakter des Gebäudes völlig verändert haben. Die Stukkatur des Lederer-Schlössels stamme entgegen anders lautenden Zeitungsmeldungen aus den Jahren 1925 und 1928. Das Ferstlpalais wird erhalten werden.

Umweltschutz: Dieser kann nicht allein Sache der öffentlichen Hand sein. Wir brauchen immer wieder die Unterstützung durch Industrie und Wirtschaft. Die in den letzten Jahren durchgeführten Grünlandankäufe sind ein Beweis für die Bemühungen der Stadtverwaltung, Erholungsgebiete zu schaffen.

Haus der Begegnung: Sie werde GR.Müller die Programme der Volksbildung und der Häuser der Begegnung übermitteln. Da die Sozialisten in Wien über 57 Prozent der Wählerstimmen verfügen, werden die Veranstaltungen der Volksbildungshäuser auch von mehr Sozialisten besucht.

Kulturarbeit sei ein permanentes Bemühen, das Interesse der Bevölkerung am Geschehen in unserer Stadt zu wecken. Dies sei eine ewige Erziehungsaufgabe und diese gelte auch für die Ausstellungen. Sie sollen daher auch nicht an einem Platz konzentriert werden, denn gerade in der Vielschichtigkeit liegt der Reiz der Möglichkeiten.

Das Landessportgesetz werde in einigen Monaten dem Landtag vorgelegt werden können. Ob wir das Stadion überdachen, sei ausschließlich eine Frage der Wertigkeit.

Sportzentrum West: Hier gab es Schwierigkeiten, die aber nicht von der Stadtverwaltung sondern vom Sportverein Rapid gemacht wurden. Sofort als Rapid den einstimmigen Beschluß faßte, die großen Sportspiele im Zentrum Wien-West durchzuführen, wurden die Vorarbeiten für dieses Zentrum freigegeben.

"Das Sportzentrum neben der Tür" ist leider in den inneren Bezirken nicht immer durchführbar. Das Hallenstadion wird hoffentlich zeitgerecht fertig sein. Mit der Förderung von Spitzensportlern wurde bereits begonnen.

Entschieden wehrt sich die Referentin dagegen, Kinder von Gastarbeitern in eigenen Klassen zu unterrichten, da damit für diese Kinder ein Ghetto geschaffen würde. Auf die Schwierigkeiten der Methoden bei Lehrlingsausbildung habe sie hingewiesen. Sie hofft, daß Wirtschaft und Industrie auch entsprechendes Interesse zeigen werden.

Die Buchübergabe an die Schüler ist bereits in Diskussion. An einen Bäderbau bei den Schulen werde erst gedacht werden können, wenn alle anderen schulischen Aufgaben erfolgreich gelöst wurden. Schulbau und Sportstättenbau seien keine Reklameleistung der Stadt Wien, sondern Einlösung einer Verpflichtung der Wiener Bevölkerung gegenüber.

Jungbürger- und Staatsvertragsfeiern könnten gemeinsam mit der Jugend neu gestaltet werden, doch fehle bisher leider die entsprechende Initiative der Jugend. Dem gegenwärtigen Kunstschaffen werde nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt.

Den Antrag von GR. Müller auf Schaffung einer Expertenkommission für die Altstadterhaltung bezeichnet die Referentin als überholt, und empfiehlt daher die Ablehnung.

Abstimmung: Die Ansätze des III. Hauptstückes werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen, der Antrag der DFP wird abgelehnt. Die ÖVP-Anträge bezüglich Schülersausweise und das Sportstättenkonzept werden einstimmig zugewiesen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.50 Uhr. Die Budgetberatungen werden morgen Freitag, den 11. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen), Referent Stadträtin Maria Jacobi, SPÖ, fortgesetzt.

bereits 20 kuenstliche nieren im akh

26 wien, 10.12. (rk) in anwesenheit von gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k wurde donnerstag mittag die neue dialysestation in der urologischen universitaetsklinik (prof. dr. uebelhoer) offiziell in betrieb genommen. in der neuen station stehen patienten mit chronisch geschaedigten nieren, aber auch solchen mit akut auftretenden nierenversagen, fuef kuenstliche nieren zur verfuegung. es handelt sich bei der neuen station um eine ''tagesdialyse'', das heisst, der patient muss zur behandlung in der kuenstlichen niere nicht stationaer aufgenommen, sondern nur - je nach krankheitsbild - sechs bis 12 stunden an das geraet angeschlossen bleiben. nach dieser behandlung kann er wieder nach hause gehen. die baukosten fuer die station betragen 1,5 millionen schilling, wovon die stadt wien eine million schilling der gesamtkosten uebernommen hat.

mit der inbetriebnahme der kuenstlichen niere in der urologischen universitaetsklinik gibt es nun allein im bereich des akh 20 kuenstliche nieren.

1534

weniger wasser in favoriten und meidling

29 wien, 10.12. (rk) wegen dringender reparaturarbeiten an einer hauptleitung wird vom freitag, den 11. dezember, 22 uhr, bis voraussichtlich sonntag, den 13. dezember, 6 uhr, in den hoeher gelegenen teilen des 10. und 12. bezirktes eine druckverminderung eintreten bzw. in den oberen stockwerken der wasserzufluss sogar zeitweise ausbleiben. die wasserwerke bitten um entschuldigung fuer diese situation.

1624

kollision strassenbahn - lkw

30 wien, 10.12. (rk) ecke simmeringer hauptstrasse-weichseltalweg kam es heute, donnerstag, um 13.32 uhr zu einem zustammenstoss zwischen dem triebwagen eines strassenbahnzuges der linie 71 und einem mit niederoesterreichischem kennzeichen versehenen lkw, als der lkw-lenker knapp vor dem strassenbahnzug nach links in den weichseltalweg abbiegen wollte. der triebwagen entgleiste und wurde erheblich beschaedigt, der umgestuerzte lkw musste von der feuerwehr wieder aufgestellt werden. im strassenbahnwagen wurden drei personen leicht verletzt. der strassenbahnverkehr war eine stunde lang unterbrochen.

1634

R a t h a u s - K o r r e s p o n d e n z

Blatt 3854

Nicht erschienen !

